



Der Fortschritt dankt ab. Einheiten der UdSSR verlassen Afghanistan (ein Konvoi sowjetischer Panzer in Kabul am 15. Mai 1988)

RICHARD ELLIS/REUTERS

Afghanistan gehörte Anfang der 1970er Jahre zu den ärmsten Ländern der Erde, einer UN-Statistik aus jener Zeit zufolge war der Staat am Hindukusch schon damals das am geringsten entwickelte Land Asiens. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1977 rund 150 US-Dollar. Auf einer Fläche von 652.660 Quadratkilometern lebten rund 17 Millionen Menschen unter feudalen Verhältnissen. 50 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens befanden sich im Besitz von lediglich rund fünf Prozent der Bevölkerung, im Norden war die Eigentumskonzentration noch ausgeprägter, hier geboten zwei Prozent der Einwohner über 70 Prozent des Landes. In Teilen Afghanistans herrschte Leibeigenschaft, die Großgrundbesitzer betrieben sogar eigene Gefängnisse. Etwa 97 Prozent der Menschen konnten weder lesen noch schreiben. Bei Frauen lag die Quote noch höher. Im öffentlichen Leben kamen sie – wie in allen traditionellen islamischen Gesellschaften – de facto nicht vor. Erst nach dem Aufstand vom April 1978 verbesserte sich die Situation der Frauen spürbar.

Das Versagen der Volkspartei

Am 17. April 1978 wurde Mir Akbar Khyber, ein hochrangiges Mitglied der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA), in Kabul von einem bis heute nicht identifizierten Attentäter ermordet. Die Beisetzung Khybers geriet zu einer Demonstration gegen das diktatorische Regime unter Mohammed Daoud Khan, seit dem Sturz der Monarchie 1973 Präsident der Republik Afghanistan. Die Anführer der Proteste wurden zunächst festgenommen. Doch drei Tage später putschten Offiziere, die der DVPA angehörten, belagerten die Residenz des Potentaten und ließen Daoud und dessen Familie hinrichten. Am 27. April wurde die Demokratische Republik Afghanistan ausgerufen.

Die DVPA verfolgte das Ziel einer national-demokratischen Revolution. In ihrem Programm vom Januar 1965 hatte sie das Afghanistan des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts – mit dem Frieden von Rawalpindi von 1919 erkannten die Briten die Unabhängigkeit an – als koloniales bzw. halbkoloniales Land beschrieben: »Die unterdrückte Nation dieses Landes hat die schwerste, tyrannischste Form des Despotismus und der Ausbeutung, der Unwissenheit und Armut im Würgegriff der herrschenden lokalen Feudalherren und britischen kolonialen Aggressoren erduldet.« Die

Gorbatschows Geschenk

Vor 30 Jahren wurde in Genf der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vereinbart. Der Krieg am Hindukusch wurde nicht zuletzt aufgrund westlicher Einmischung und finanzieller Unterstützung weiter geführt. Bis heute. **Von Matin Baraki**

Ursachen des ökonomischen Rückstands wurden zum einen gesehen in der »langsamen Entwicklung der Produktivkräfte und miserablen Lage der Völker Afghanistans, die in Armut, Unwissenheit und Krankheit ihr Leben fristen«, zum anderen in der politischen und ökonomischen »Herrschaft der Feudalklasse, der Schichten der spekulierenden Großhändler und Kompradoren, der verdorbenen Bürokraten und Agenturen der internationalen imperialistischen Monopole, deren Klasseninteressen im Widerspruch stehen zu denen der Volksmassen Afghanistans«.

Nach dem Aprilaufstand begann die Revolutionsregierung unverzüglich mit der Umsetzung von Reformmaßnahmen. Dazu gehörten die Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten (Dekret Nummer 7 vom 17.10.1978), die Bodenreform (Dekret Nummer 8 vom 28.11.1978) sowie eine umfassende Alphabetisierung im ganzen Land. Diese Kampagne war zunächst so erfolgreich, dass binnen eines halben Jahres etwa 1,5 Millionen Menschen lesen und schreiben lernten, wofür Afghanistan gar einen Preis von der UNESCO erhielt. Als die Bekämpfung des Analphabetismus auch auf die ländlichen Regionen ausgedehnt wurde, beging die Regierung allerdings gravierende Fehler. Denn diese Maßnahmen wurden ohne Berücksichtigung der dort herrschenden sozialen Bedingungen durchgesetzt. So wurden z. B. Mädchen und Frauen gezwungen, gemeinsam mit den Männern an den

Kursen teilzunehmen. »Mit Gewalt kann man die Bevölkerung nicht alphabetisieren«, stellte Anahita Ratebzad, Mitglied des Politbüros der DVPA, fest.

Bei der Umsetzung der Bodenreform wurden ebenfalls schwerwiegende Fehler gemacht. Zum einen blieben Stammesstrukturen unberücksichtigt, zum anderen wurden die Bauern weder politisch noch materiell auf die Reform vorbereitet. In aller Regel waren die Großgrundbesitzer zugleich auch Stammes- bzw. Religionsführer, was es ungeheuer erschwerte, deren Land an Untergebene zu verteilen. Diese bis dahin ideologisch führende Eigentümerklasse war von den Reformen am stärksten betroffen und führte demgemäß auch die bald darauf einsetzende Konterrevolution an. Deren Abwehr wurde durch den Umstand erschwert, dass nahezu sämtliche Regierungsposten und andere öffentliche Ämter ohne Rücksicht auf die jeweilige Qualifikation an Parteimitglieder vergeben wurden.

Alle genannten Aspekte zusammengenommen sowie eine de facto in zwei Fraktionen gesplittete Partei stärkten zwangsläufig die Konterrevolution. Unmittelbar nach der erfolgreichen Erhebung begannen islamistische Banden, die von westlichen Politikern und Medien als Mujaheddin (Heilige Krieger), gar als Freiheitskämpfer hochgejubelt wurden, mit ihrem erbitterten Kampf gegen die neue Regierung und versuchten, die Reformen zu verhindern. Sie terrorisierten Politiker und Parteimitglieder, die an der Umsetzung der Maßnahmen

unmittelbar beteiligt waren. In erster Linie wurden Bildungseinrichtungen, vor allem Mädchenschulen, zerstört, Lehrkräfte umgebracht und das Trinkwasser der Schulen vergiftet. Bis zum Frühjahr 1984 waren 1.814 Schulen – in etwa die Hälfte aller damaligen Lehranstalten in Afghanistan – und 130 Krankenhäuser zerstört. Der Gesamtschaden belief sich auf 35 Milliarden Afghani. Das entsprach etwa 50 Prozent der gesamten Investitionen des Landes in den vorangegangenen 20 Jahren.

Die Sowjetunion in der Falle

Bereits Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, dass sowjetische Militärhilfe unumgänglich wurde. Mit Moskaus Eingreifen seit dem 25.12.1979, basierend auf Artikel 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 5.12.1978 und auf Artikel 51 der UN-Charta, gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Er wurde internationalisiert und zunächst verdeckt, später ganz offensichtlich von den meisten westlichen Ländern, einschließlich der BRD und ihrer regionalen Verbündeten vor Ort, geschürt. Der Rechtswissenschaftler Norman Paech hielt in einem »Völkerrechtlichen Gutachten zur Anwesenheit der sowjetischen Truppen« im Jahr 1982 fest: »Das ist nach Artikel 3 f und g der UN-Resolution 3314 vom 14.12.1974 eine eindeutige Aggressionshandlung, gegen die der afghanischen Regierung das Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Verbund mit den sowjetischen Truppen zustand.«

Mitte Januar 1980 berichtete die *Neue Zürcher Zeitung* aus der grenznahen pakistanischen Stadt Peshawar: »Die Existenz von Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selber verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: Über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienten, hätten im Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Zahl von Rebellen abspringen und dem verhassten kommunistischen Regime endgültig den Garaus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hätten kommen sollen, darüber schweigt man sich allerdings geflissentlich aus.«

Die imperialistischen Länder waren hoch erfreut, die Sowjetunion in eine Falle gelockt zu haben, aus der sie schwer entkommen konnte. In



Der Rückschritt rollt ein. Kämpfer der Taliban auf einem sowjetischen Kampfpanzer vom Typ T-62 in Kabul am 17. Februar 1995

REUTERS

seinen 2014 erschienenen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates zu: »Die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Mudschaheddin sechs Monate vor der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen.« Vom ehemaligen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter (Amtszeit 1977–1981), Zbigniew Brzezinski, wurde das 1998 auf die Frage eines Journalisten von *Le Nouvel Observateur* wie folgt bestätigt: »Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Mudschaheddin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d. h. nachdem die sowjetische Armee am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheimgehalten, ist eine ganz andere. Es war tatsächlich der 3. Juli 1979, an dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosovietischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, dass meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde.« Er führt weiter aus: »Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, dass sie es tun, wissentlich erhöht.«

Ab 1979 wurde gegen Afghanistan »die größte Geheimoperation in der Geschichte der CIA durchgeführt«. Unter der Regie des US-Auslandsgeheimdienstes und mit tatkräftiger Unterstützung von dessen pakistanischer Bruderorganisation Inter Service Intelligence (ISI) wurden etwa 35.000 radikale Islamisten aus 40 islamischen Ländern zu schlagkräftigen, bewaffneten Organisationen formiert und auf Afghanistan losgelassen. Mehr als 100.000 Islamisten wurden direkt vom Krieg gegen Afghanistan beeinflusst. Auch der Al-Qaida-Chef Osama bin Laden wurde mit Hilfe der CIA nach Afghanistan gebracht. Die Islamische Partei unter ihrem Führer Gulbudin Hekmatjar, dem »Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat«, so Heinz-Rudolf Othmerding in einem Beitrag für die *Deutsche Presseagentur* vom Februar 1995, war unter allen sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen die Favoritin von CIA/ISI. Der US-Nachrichtendienst unterstützte die afghanische Konterrevolution im Rechnungsjahr 1985 »mit der Rekordsumme von 250 Millionen Dollar«, berichtete die *Frankfurter Rundschau* im Januar 1985. Dies machte »über 80 Prozent des CIA-Budgets für geheime Operationen aus«, das für weltweite Wühlthaten zur Verfügung

stand. Wie der *Spiegel* in seiner Ausgabe vom 18. September 1989 schrieb, waren die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit »mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden«. Der Löwenanteil dieser für das afghanische Volk todbringenden Hilfe, nämlich »60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand« (*Spiegel* vom 14. September 1992), ging bis Ende 1991 über die ISI an Gulbudin Hekmatjar. Die einzige Mudschaheddin-Gruppe, die mehr als 1.000 US-amerikanische »Stinger«-Raketen und 300 britische »Blowpipes« erhielt, die zuvor nur an NATO-Länder geliefert wurden, war die Islamische Partei von Hekmatjar.

Zum Abschluss freigegeben

Von der seit 1985 erfolgenden Umoorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter dem damals neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, blieb auch der Afghanistan-Konflikt unberührt. Babrak Karmal, der mit dem Eintreffen des sowjetischen Militärkontingentes und der Beseitigung des Terrorregimes von Hafizullah Amin an die Spitze von Partei und Staat getreten war, galt nunmehr als Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan. Am 5. Mai 1986 wurde er als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von all seinen anderen Funktionen entbunden. Statt seiner wurde Gorbatschows Favorit, Mohammed Nadschibullah, zuvor Präsident des staatlichen Nachrichtendienstes ChAD, zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Generalsekretär der DVPA gewählt. Mit deren Umbenennung in Hisb-i-Watan (Partei der Heimat) auf dem zweiten Parteitag im Juli 1990 gingen Sozialdemokratisierung und Entideologisierung einher. Dieser Schritt orientierte sich an den Rezepten, die Gorbatschow der KPdSU verschrieben hatte. Den rechten Opportunisten in der DVPA war der Durchbruch endgültig gelungen. Alle wesentlichen Ziele der Revolution waren damit aufgegeben.

Gorbatschow jedenfalls wollte die sowjetischen Truppen so schnell als möglich aus Afghanistan abziehen. Die UdSSR und Afghanistan hatten Pakistan bereits wenige Monate nach der Intervention der Sowjetarmee Ende Dezember 1979 Verhandlungen über die Beilegung des Konfliktes angeboten. Islamabad schlug einen Dialog unter Beteiligung der UN vor, war allerdings nicht bereit, mit der afghanischen Regierung, sehr wohl aber mit den Vertretern der DVPA zu verhandeln. Die afgha-

nische Führung nahm das Angebot an, wurde aber von der pakistanischen Seite mit der Forderung nach Beteiligung Irans an den Beratungen konfrontiert. Dies wurde als Rückzieher Pakistans verstanden, weil Iran jeden Kontakt mit der Regierung Afghanistans ablehnte. Die UN-Vollversammlung ermächtigte den UN-Generalsekretär, nach einer politischen Lösung des Afghanistan-Problems zu suchen (Resolution vom 18.11.1981). Dazu wurden folgende vier Grundsätze vereinbart: a) die Wahrung der Souveränität, territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Bündnisfreiheit Afghanistans, b) das Recht des afghanischen Volkes, eine eigene Regierungsform und ein eigenes wirtschaftliches, politisches und soziales System ohne Einmischung, Subversion, Zwang und Nötigung jeglicher Art von außen zu wählen, c) der sofortige Rückzug fremder Truppen aus Afghanistan und d) die Schaffung von notwendigen Bedingungen zur freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat.

Am 14. April 1988 wurde in Genf ein unter der UN-Ägide ausgehandeltes Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan unterzeichnet. An diesem Tag setzten die Außenminister Abdul Wakil (Afghanistan) und Zain Noorani (Pakistan) im Beisein ihrer Amtskollegen Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) und George Shultz (USA) sowie dem UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar ihre Unterschrift unter das Vertragswerk. Daraufhin zogen am 15. Februar 1989 die letzten sowjetischen Soldaten aus Afghanistan ab.

Obwohl die USA und die Sowjetunion sich als Garantemächte verpflichtet hatten, nach Abschluss des Genfer Abkommens ihre jeweiligen Verbündeten nicht mehr zu unterstützen, leistete Washington trotz Abzugs der sowjetischen Armee den Islamisten weitere Hilfe. Der militärische Konflikt am Hindukusch fand mitnichten sein Ende. Aufgrund dieser neu entstandenen Situation beabsichtigte Präsident Nadschibullah, den Bürgerkrieg endlich zu beenden und dem UN-Plan zur politischen Lösung des Konfliktes zum Erfolg zu verhelfen. Er stellte sogar sein Amt zur Disposition und erklärte seine Bereitschaft, das Land zu verlassen. Als Teile der Partei-, Staats- und Armeefunktionäre seine Weisungen nicht mehr befolgten und ihn an der Ausreise hinderten, flüchtete er 1992 in die Kabuler UN-Vertretung, wo er bis zu seiner Ermordung durch die Taliban im September 1996 lebte.

Die innerafghanische Ursache des Scheiterns der Politik von Nadschibullah bestand darin, dass er es nicht vermocht hatte, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einen. Fast jedes Politbüromitglied

hatte eine eigene Clique gebildet. Diese Ohnmacht untergrub die Autorität des Präsidenten sowohl bei der Armee als auch bei der Volksmiliz. Der bewaffnete Aufstand des Verteidigungsministers General Schah Nawas Tani in Zusammenarbeit mit Teilen der Parteiführung gegen Nadschibullah am 6. März 1990, der jedoch niedergeschlagen wurde, hatte das Ausmaß der Krise und die Tragik der Politik der DVPA-Führung deutlich gemacht. Als Nadschibullah seinen besten Milizenführer, den Usbeken Abdul Raschid Dostum, durch den Paschtunen Abdul Satar ersetzt hatte, verlor er weiteren Rückhalt in der Armee. Damit war sein Schicksal besiegelt.

Kapitulation

Die neue Führung um Außenminister Abdul Wakil, um Nadschimudin Kawiani und Farid Masdak (alle drei waren Mitglieder des Politbüros) und Nadschibullahs früherem Stellvertreter und Nachfolger Abdul Rahim Hatf hatte beschlossen, die Macht an die Konterrevolutionäre zu übertragen. Und so geschah es auch am 27. April 1992, dem Tag des Sieges der Aprilrevolution von 1978, nachdem den islamistischen Banden die Hauptstadt Kabul kampfflos und nahezu unzerstört überlassen worden war. Daraufhin wurde Sibghatullah Modschaddedi, der Exilpräsident der Konterrevolutionäre, erstes Oberhaupt des Islamischen Staates Afghanistan.

Nach dieser Kapitulation der Führung der Hisb-i-Watan und der Machtübertragung an die Konterrevolutionäre konnte das Land aufgrund des Vorrangs der jeweiligen politischen und ökonomischen Partikularinteressen zu keinem Zeitpunkt gemeinsam regiert werden. Der von der Bevölkerung so heiß ersehnte Frieden stellte sich nicht ein. Unter den Islamisten wurde der Krieg vielmehr mit einer bisher nicht gekannten Brutalität fortgesetzt. Von der Weltöffentlichkeit wurde das kaum zur Kenntnis genommen, aber »die letzten Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul«, hieß es in der *Süddeutschen Zeitung* vom 31. August 1992, »lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Konflikt erscheinen: 3.000 bis 4.000 Tote, 200.000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel«. Kabul wurde in Schutt und Asche gelegt. Was von der Hauptstadt noch übriggeblieben war, wurde in sechs Einflusszonen verschiedener islamistischer Gruppierungen zerlegt, deren Grenzen vermint und weiter bombardiert, was noch nicht Ruine war. Die Bevölkerung stand diesen Geschehnissen ohnmächtig und fassungslos gegenüber und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des angeblich zuvor so gefährdeten Islam nun gegeneinander Krieg führten, mit allen fürchterlichen Folgen für die Zivilisten. Die Islamisten registrierten dies und befürchteten, ihren Einfluss und ihre Autorität ganz zu verlieren. Die »islamische Karte« stach nicht mehr, was die Konterrevolutionäre bewog, jetzt auf die »Nationalitätenkarte« zu setzen. Dieses verhängnisvolle Spiel wird immer noch gespielt – ein tödliches Gift für einen Vielvölkerstaat wie Afghanistan.

Anders als von den ausländischen Auftraggebern mit ihren politischen, ökonomischen und strategischen Interessen vorgesehen, konnte von einer Konsolidierung des Landes mithin keine Rede sein. Nach dem Willen der USA und Pakistans sollte ein mit beiden eng kooperierendes Regime in Afghanistan stabile politische Verhältnisse schaffen, um die Konzeption des US-amerikanischen und pakistanischen Kapitals in der Region des Mittleren Ostens – insbesondere in den mittelasiatischen Republiken – zu realisieren. Seit 1994 begann der vor allem von Islamabad gedeckte Aufstieg der Taliban, die das Land rasch eroberten und ein Terrorregime errichteten, dessen Ende erreicht war, als die USA nach dem 11. September 2001 entschieden, dessen Sturz selbst zu besorgen. Seither ist das Land von westlichen Truppen besetzt.

■ **Matin Baraki**, geboren 1947 in der Nähe von Kabul, ist Politologe und Dolmetscher. Er schrieb an dieser Stelle zuletzt am 6. Oktober 2016 zur Lage in Afghanistan.

■ **Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:**

Vorabdruck. Hegemonie im Pop. Kulturkampf von rechts

Von Markus Metz und Georg Seeßlen